

Weg von der Sachleistung?

Raffelhüschen provoziert mit Reformvorschlägen

Darüber, wie die Zahnärzte mit der Wiedereinführung der Budgetierung vieler Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) umgehen sollen, wird derzeit intensiv diskutiert. „Mehr GOZ, weniger Bema“ ist eine der häufigsten Antworten. Interessanterweise fordert auch der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen höhere Selbstbeteiligungen für gesetzlich Versicherte. Das Echo ist geteilt.

Seine provokativen Vorschläge veröffentlichte Raffelhüschen, der den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg innehat und als arbeitgebernah gilt, Ende Februar in der „Bild-Zeitung“. Der Anlass: Trotz steigender Beiträge und Lauterbachs Kostendämpfungsgesetz droht den Krankenkassen auch in diesem Jahr ein gewaltiges Defizit. Aktuell wird es auf 17 Milliarden Euro geschätzt. Dabei liegt der durchschnittliche Beitrag für Arbeitnehmer bereits bei 16,2 Prozent.

Raffelhüschen geht davon aus, dass dieser Beitrag in den kommenden Jahren auf bis zu 22 Prozent steigen könnte, wenn nicht massiv gegengesteuert wird. Er schlägt vor, dass Patienten künftig für jeden Arzt- und Zahnarztbesuch eine Rechnung bekommen sollen, die sie bei ihrer Krankenkasse einreichen – also weg von der Sachleistung und hin zur Kostenerstattung. Eine Forderung, die auch von der zahnärztlichen Standespolitik immer wieder erhoben wurde! Die Kassen sollen jedoch nur noch „einen Großteil der



Foto: Amelie Geiger / dpa

Der Freiburger Professor Bernd Raffelhüschen schlägt unter anderem den Wechsel von der Sachleistung zur Kostenerstattung vor. Eine Forderung, die auch von der zahnärztlichen Standespolitik immer wieder erhoben wurde.

Kosten“ übernehmen. Den Rest müsste der Patient privat bezahlen. Diese Eigenbeteiligung will Raffelhüschen staffeln. Ein Prinzip, das man aus der privaten Krankenversicherung kennt. Bei bis zu 1000 Euro im Jahr läge der Eigenanteil bei 50 Prozent, danach bei 20 Prozent. Der maximale Eigenanteil soll laut Raffelhüschen bei 1500 bis 2000 Euro pro Jahr liegen. Zusätzlich müsse es natürlich einen Sozialausgleich geben. Entsprechende Zuschüsse für Geringverdiener müssten aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden.

Auch für einen ungesunden Lebensstil und Sportverletzungen sollen die gesetzlich Versicherten künftig zur Kassen gebeten werden: „Raucher müssen sich an den Folgekosten von Behandlungen stärker selbst beteiligen. Bei Adipositas-Patienten muss man sehen, welche Ursachen zugrunde liegen.“ Behandlungskosten bei Verletzungen durch „selbstgewählte Risiken“ wie Skifahren will Raffelhüschen komplett den Betroffenen aufbürden. „Wir können uns das System nicht mehr leisten“, so sein Fazit in der Bild-Zeitung.

Lauterbach widerspricht

Die Vorschläge des Freiburger Ökonomen führten erwartungsgemäß zu massivem Gegenwind. „Für Uniprofessoren oder mich wären diese Vorschläge bezahlbar. Für die große Mehrheit der Bevölkerung nicht“, twitterte Bundesgesundheitsminister Lauterbach. Auch viele Kassenvertreter lehnten eine stärkere Eigenbeteiligung der Patienten ab und verwiesen auf das Solidarprinzip. Lob gab es dagegen von der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Wenn nicht gehandelt werde, müssten weitere Leistungen gekürzt werden. Und das schade vor allem Geringverdienern, die nicht privat vorsorgen können. „Mit Flickschusterei wie zuletzt kommt Lauterbach aus der Finanzmisere nicht heraus. Es ist Zeit für große Würfe à la Raffelhüschen“, meint die FAZ.

Leo Hofmeier